

Mehr Grün für Pinneberg

Liebe Bürgerinnen und Bürger Pinnebergs, GAL & Unabhängige wählen bedeutet:

Den Haushalt der Stadt (50 Mio. € Schulden) nicht weiter strapazieren!

Kein neuer Stadtteil auf dem Kasernengelände Eggerstedt!

Der Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen der Stadt Pinneberg hat kürzlich die Difa-Studie vorgelegt. Ein Auszug: „Die Einbeziehung der Kosten für Grundschulen und Kindergärten führt zu einer starken Verschlechterung des Saldos aus Erträgen und Kosten Dieser Saldo ist so stark negativ, dass auch dort, wo genügend räumliche Kapazitäten vorhanden sein dürften ... ein negatives Ergebnis erzielt wird.“

Die SPD weigert sich konsequent, die einschlägigen Studien über neue Wohngebiete in Metropolregionen überhaupt zu registrieren. „Pinnebergs Sozialdemokraten favorisieren nach wie vor den im Rahmenplan beschlossenen Weg“ (PZ 19.05.08). Die CDU taktiert. Sie hat aus eigenen Berechnungen den Schluss gezogen, „dass die Errichtung von 600 Wohneinheiten wegen der finanziellen Folgelasten problematisch ist.“ (PZ 19.05.08) Wie viele Wohneinheiten will die CDU nun???

Es gibt keine Alternative:

Sollen 10 ha Wald 500 Wohneinheiten weichen? Auf das Kasernengelände gehören Bildung und Sport!

Endlich neue Wege bei der Stadtentwicklung beschreiten, Fördermittel einfordern!

Nur wenn Pinneberg mitmacht bei der weltweit in der Agenda 21 geforderten nachhaltigen Entwicklung der eigenen Gesellschaft, wird Pinneberg an die Fördertöpfe des Landes, des Bundes und der EU herankommen.

Die Hausaufgaben machen!

Lärmaktionspläne erstellen, Feinstaubbelastung senken!

- Vor über einem Jahr veröffentlichte das Staatliche Umweltamt Itzehoe seine Luftmessergebnisse für den Kreis Pinneberg. Die Presse verkündete: „Vor allem Pinneberg muss aktiv werden, um am Damm künftig für saubere Luft zu sorgen.“ (PT, 08.03.07) Seitdem ist außer der Abgabe von Absichtserklärungen nichts passiert, Abhilfe muss aber bis spätestens 2010 erfolgt sein.
- Noch schneller, bis zum 18.06.08 fordert die EU von der Stadt Pinneberg Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung der Lärmbelastungen. Diese sollen in Lärmaktionsplänen dargestellt werden und der Öffentlichkeit soll die Mitwirkung an ihrer Ausarbeitung und Überprüfung ermöglicht werden. Dieser Zeitrahmen ist nicht mehr einzuhalten.

Das kann dabei herauskommen, wenn man die gesetzlichen Vorgaben nur mit Grummeln zur Kenntnis nimmt. GAL & Unabhängige begrüßen die Vorgaben der EU und werden sich dafür stark machen.

Ziele verwirklichen!

Versiegelung stoppen und reduzieren, Grünflächen erhalten

- Tolle Strategische Ziele hat sich die Stadt Pinneberg gegeben, tolle Ziele stehen auch im Entwurf für das neue Stadtentwicklungskonzept. Die Wirklichkeit ist bitter.
- Strategisches Ziel ist es, „die Bilanz versiegelter/unversiegelter Flächen zugunsten der letzteren zu verbessern“, tatsächlich wurde in der letzten Zeit so viel versiegelt wie nie zuvor.
- Im Stadtentwicklungskonzept ist angestrebt, beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen die Möglichkeit zu nutzen, „die Entwicklungsträger auf die Einhaltung des gesetzlich (noch) nicht festgeschriebenen Passivhausstandards festzulegen“, tatsächlich gab es weder beim Rosenfeld noch z.B. bei irgendeiner anderen Baumaßnahme irgendwelche Absprachen

Bürgerinnen und Bürger beteiligen!

Kompetenzgremien schaffen für

Marktplatz, Kaserne, Stadtmarketing, Jugend- und Seniorenpolitik ...!

- Am Marktplatz wird die Brauerei gebaut. Anlass genug für GAL & Unabhängige eine Kompetenzrunde mit Brauerei, McDonald, Marktbeschickern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu fordern. Das Ziel soll sein, den Marktplatz attraktiver zu gestalten und die Pinnau in diesem Bereich erlebbar zu machen.
- Der VfL fordert für das Kasernengelände auch eine solche Kompetenzrunde. Er hat unsere volle Unterstützung!
- Viele der umliegenden Gemeinden betreiben Stadtmarketing. Pinneberg muss diesbezüglich endlich nachziehen und dabei die interessierten Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot holen.
- GAL & Unabhängige streben eine Jugendkonferenz und eine Seniorenkonferenz an. Die Betroffenen sollen selbst gehört werden über Jugendtreffs und ein barrierefreies Pinneberg zum Beispiel.

Wir wollen nicht länger neidisch auf die umliegenden Städte schauen, die mit innovativen Ideen Pinneberg immer mindestens einen Schritt voraus sind!

Wir wollen in die Gemeinschaft der Gemeinden mit einer modernen Stadtentwicklung eintreten, einer Stadtentwicklung, bei der niemand ausgegrenzt wird und die Chancen für die nachfolgenden Generationen gewahrt werden!

Auf dem Weg zu diesem Ziel freuen wir uns auf eine gute Zusammenarbeit mit unserer neuen Bürgermeisterin und auf den frischen Wind, der jetzt in der Pinneberger Verwaltung wehen wird.

Am Sonntag gilt es, die Macht von CDU und SPD einzudämmen – die Macht der Parteien, die im 20. Jahrhundert stecken geblieben sind!

Westumgehung – ein unsägliches Kapitel Pinneberger Geschichte

Die Pinneberger Bevölkerung ist in Sachen Westumgehung tief gespalten. Die Mehrheit, das kann man auch ohne einen Volksentscheid behaupten, befürwortet die Straße, die Ratsversammlung hat ihr mit großer Mehrheit zugestimmt. Als Demokraten muss man einen solchen Mehrheitswillen akzeptieren.

Dennoch: Wenn der Bau der Straße gegen geltendes Recht verstößt, kann sie trotz breiter Zustimmung in der Bevölkerung nicht verwirklicht werden.

Der BUND will gegen den Bau der Westumgehung klagen. Mit großen Chancen auf Erfolg, denn die meisten Abgeordneten der Ratsversammlung haben vor den Problemen, die die Umgehung aufwirft, immer die Augen geschlossen. Davon angesteckt hat die Verwaltung offensichtlich Einwendungen gegen die Straße, die das Projekt ernsthaft gefährden können, lieber gar nicht erst berücksichtigt. Wie ein Kind, das sich die Augen zuhält im Glauben, es könne nicht gesehen werden, weil es selbst niemanden sieht. Aber es wird gesehen. Die Planfeststellungsbehörde in Kiel mahnt die fehlenden Unterlagen von der Stadt Pinneberg an.

Das Ende ist absehbar. Die Westumgehung wird mit einiger Sicherheit trotz eindeutigen Ratsbeschlusses nicht realisiert und die Klageführenden werden als Schuldige benannt. Ist ja etwas dran. Auch der Polizist, der das Gesetz konsequent umsetzt, ist mitverantwortlich dafür, dass der Einbrecher ins Gefängnis muss.

Aber auch auf einer anderen Ebene gibt es Verantwortung. Wenn es um Lärmreduzierung und Schadstoffminderung für die am stärksten belasteten Straßen Pinnebergs ging, dann wurden die Anwohnerinnen und Anwohner immer wieder auf das Allheilmittel West-

umgehung vertröstet. Dabei versprechen die Verkehrsgutachten bei Verwirklichung der Westumgehung gar keine entscheidende Entlastung der betroffenen Straßen. „Auf den Straßen Thesdorfer Weg - Lange Twiete, Am Hafen werden“ sogar „Mehrbelastungen prognostiziert“ (aus dem Entwurf für das Stadtentwicklungskonzept). Mit der Aussicht auf die Westumgehung wurden die vom Verkehrslärm gebeutelten Menschen beruhigt und es wurde davon abgelenkt, dass die Stadt längst mit anderen Maßnahmen für Abhilfe hätte sorgen müssen.

Es gibt die gesetzliche Auflage, bis zum 18. Juni dieses Jahres, also in knapp einem Monat, „Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung der Lärmbelastungen zu erarbeiten und diese in Lärmaktionsplänen darzustellen“. Dieses zwingend vorgeschriebene Ziel wird die Stadt Pinneberg nicht einhalten können, zumal laut Gesetz „der Öffentlichkeit die Mitwirkung an der Ausarbeitung und Überprüfung der Aktionspläne ermöglicht“ werden soll. Sind Sie schon zur Mitwirkung aufgefordert worden?

Fazit: Die nächste Ratsversammlung befindet sich nicht mehr über die Westumgehung. Der politische Beschluss ist demokratisch gefasst. Sollte die Westumgehung scheitern, dann scheitert sie, weil sie nicht mit den Gesetzen in Einklang zu bringen ist.

Die nächste Ratsversammlung wird - mit oder ohne Westumgehung - in der nächsten Legislaturperiode vor allem die Aufgabe haben, neue Wege zur Verminderung der Lärm- und Schadstoffbelastung einzuschlagen, Wege, die Pinneberg unter anderem mit Hinweis auf die Westumgehung konsequent verschlafen hat.